

Europa wehrt sich gegen die israelische Politik

von Carlo Strenger und Amira Hass¹

Der Kolumnist Carlo Strenger und die für die palästinensischen Gebiete zuständige Berichterstatteerin und Kommentatorin Amira Hass berichten am 18. Januar 2012 in „Haaretz“, dass die EU-Delegation in Tel Aviv und in Ramallah ein Dokument vorbereitet habe, wonach gewalttätigen jüdischen Siedlern die Einreise in die Staaten der Europäischen Union verwehrt werden solle. Avigdor Lieberman nehme niemand in der Welt ernst, so Strenger, und die Glaubwürdigkeit von Benjamin Netanjahu tendiere von Hillary Clinton über Angela Merkel bis Nicolas Sarkozy gen Null. Eine Wendung zum Besseren werde erst kommen, wenn die Bürger Israels den riesigen Schaden verstehen, den diese Regierung ihrem Land antue.

Hass ergänzt, dass die EU-Delegation für die Wiederzulassung der PLO und für die Förderung der politischen Arbeit der Autonomieregierung in Ost-Jerusalem plädiere. Außerdem empfehle sie, dass Repräsentanten der EU davon Abstand nehmen, israelische Amtsträger in ihren Büros in Ost-Jerusalem aufzusuchen, dass sie es ablehnen, von israelischen Sicherheitskräften und Protokollbeamten bei Besuchen in der Altstadt begleitet zu werden, und dass die EU-Staaten in finanzielle Transaktionen von Akteuren eingreifen sollten, welche die Siedlungstätigkeit unterstützen. Das Dokument zähle drei Entscheidungen der israelischen Regierung auf, die das Leben der palästinensischen Bevölkerung in Ost-Jerusalem beschwerten:

1. Rund 100.000 palästinensische Kinder seien beim Innenministerium nicht als Stadtbürger eingetragen, weil ein Elternteil aus der Westbank oder aus dem Gazastreifen stammt.

¹ Carlo Strenger: Israel must understand that Europe is indeed relevant, in „Haaretz“ 18.01.2012; Amira Hass: EU delegates: Palestine Liberation Organization should return to Jerusalem, a.a.O.

Damit seien von grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und anderen Leistungen ausgeschlossen.

2. Alle Privatschulen seien 2011 aufgefordert worden, ihre Schulbücher gegen solche aus Israel einzutauschen, obwohl ihre bisherigen Materialien, welche die Autonomiebehörde verantwortete, der israelischen Zensur unterliegen würden.
3. Seit 2008 dürften die palästinensischen Krankenhäuser keine Medikamente kaufen, die in der Westbank oder im Gazastreifen hergestellt worden sind.

Der Eingangssatz des Dokuments laute: „Ohne Jerusalem als die Hauptstadt zweier Staaten wird ein dauerhafter Friedensvertrag zwischen Israel und den Palästinensern nicht möglich sein.“ Damit wiederhole das Dokument die Argumentation zur Zone C der Westbank vom Dezember 2011.

Ein weiterer kürzerer Bericht findet sich im Internet-Portal der Tageszeitung „Yediot Achronoth (Letzte Nachrichten)“².

² Elior Levy: European envoys: Blacklist Israeli settlers, in „ynet“ 18.01.2012.